

Osnabrücker Friedensgespräche: »Europa sieht Deutschland«

**»Großbritannien und die Bundesrepublik heute«.
Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2004**

von Sir Peter Torry, britischer Botschafter in Deutschland

Meine Damen und Herren,

es freut mich sehr, dass ich zum heutigen Friedensgespräch in Osnabrück sein kann. In den letzten Jahren ist es Tradition geworden, das Friedensgespräch am Tag der Deutschen Einheit dem Thema "Europa sieht Deutschland" zu widmen. Dass Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip mich als britischen Botschafter eingeladen hat, den heutigen Festvortrag zu halten, ehrt mich sehr. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass die Verbindungen zwischen dieser großartigen Stadt und meinem Land über die Jahrhunderte sehr eng waren. Der hannoversche Kurfürst Georg Ludwig, der als König Georg I. über Großbritannien herrschte, kam oft nach Osnabrück. 1727 fand er hier auch seinen Sterbeort. 1763 wurde der Herzog von York zum Bischof von Osnabrück ernannt. Und während der Herrschaft der hannoverschen Könige in Großbritannien dienten auch hiesige Bataillone in der britischen Armee.

Leider gab es in unserem Verhältnis aber auch eine dunkle Zeit. Im Zweiten Weltkrieg flog die Royal Air Force über 35 Bombenangriffe auf Osnabrück – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung. Beim schwersten dieser Angriffe, am 13. September 1944, wurde die historische Altstadt weitgehend zerstört. Doch nach dem Krieg gab es wieder eine sehr positive Entwicklung: Osnabrück wurde Standort der britischen Streitkräfte. In den 1970er Jahren war die Garnison hier die größte außerhalb Großbritanniens. Derzeit sind rund 3.500 Briten hier stationiert. 1980 verlieh die Stadt Osnabrück der britischen Garnison die Ehrenbürgerrechte. Auf diese Auszeichnung sind unsere Soldaten sehr stolz. Nächstes Jahr soll das 25-jährige Jubiläum gebührend gefeiert werden. Das besondere Verhältnis zwischen Osnabrück und den britischen Streitkräften ist auch ein Symbol für den Geist der Versöhnung und Freundschaft, der zwischen unseren beiden Ländern gewachsen ist.

Vor 60 Jahren haben wir uns gegenseitig vernichtet. Wer hätte damals gedacht, dass die Europäer ihren Kontinent gemeinsam wieder aufbauen würden? Dass sie hier eine Region des Wohlstands und der Sicherheit schaffen würden? Aber genau das haben wir getan. Und gemeinsam haben Deutschland und Großbritannien einen immensen Beitrag dazu geleistet.

Meine Damen und Herren! – Der Oberbürgermeister hat mich um einen offenen und unpräventösen "britischen Blick" auf das vereinte Deutschland gebeten. Lassen Sie es mich versuchen! Die Bindungen zwischen Großbritannien und Deutschland sind tief und vielfältig. Bevor ich im vergangenen Jahr als Botschafter nach Deutschland kam, sagte mir Tony Blair, dies sei für ihn die wichtigste Beziehung Großbritanniens in Europa. Es ist daher kein Zufall, dass Ihre Majestät die Königin nächsten Monat ihren vierten Staatsbesuch in Deutschland abstattet. Die Königin war dieses Jahr auch auf Staatsbesuch in Frankreich, und im letzten November hatten wir - erstmals seit den 1920er Jahren - den amerikanischen Präsidenten auf Staatsbesuch in Großbritannien. Mit diesem Besuch der Königin in Deutschland wollen wir deutlich machen, welches heute die drei wichtigsten Verbündeten für Großbritannien sind, nämlich die USA, Frankreich und Deutschland.

Wichtig ist Deutschland nicht nur wegen der engen politischen Verbindungen – Tony Blair und Gerhard Schröder kommen ja bekanntlich sehr gut miteinander aus. Es geht auch nicht nur um die wirtschaftliche Bedeutung füreinander. Deutschland ist Großbritanniens größter Exportmarkt in Europa, und der zweitgrößte in der Welt. Auch bei ausländischen Investitionen in Großbritannien liegen deutsche Firmen klar an der Spitze. 300.000 britische Arbeitsplätze hängen von deutschen Investitionen ab. Unsere Verbindungen gehen aber noch viel weiter. Ich bin immer wieder erstaunt, in wie vielen Dingen wir zusammenarbeiten. Auf einige davon werde ich gleich noch näher eingehen. Zunächst aber möchte ich jetzt den Blickwinkel etwas erweitern.

Meine Damen und Herren! – Zwei Daten haben die Welt, in der wir leben, neu definiert: der 11.9. und der 9.11. Niemand wird je vergessen, wo er gerade war, als das World Trade Center in New York einstürzte. Und auch nicht, wo er war, als die Berliner Mauer fiel. Wer könnte die Fernsehbilder von den ersten Durchlässen in der Mauer vergessen, von den ersten freien Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen? Wer könnte die Erregung vergessen, die Aufbruchstimmung und das Gefühl, einen historischen Moment mitzuerleben? Ich war damals in Washington - wie gerne wäre ich in Deutschland gewesen! Noch wenige Wochen vorher schien es unvorstellbar, dass die Mauer fallen könnte. Ich war von 1981 bis 85 in Deutschland. Damals erschien der Eiserne Vorhang – diese hässliche Narbe, die sich mitten durch Berlin und Deutschland zog – als eine dauerhafte Einrichtung, die niemals verschwinden würde. Aber sie *ist* verschwunden. Und mit ihr auch die Faust des sowjetischen Kommunismus, die schwer auf dem Land lastete. Das ist Anlass zur Freude für alle Deutschen und alle Europäer.

Ich will nicht verschweigen, dass es damals - nicht zuletzt in meinem Land - Bedenken gab, was die Wiedervereinigung Deutschlands mit sich bringen würde. Wie falsch diese Bedenken doch waren! Welch anderes Land Europas oder sogar der Welt hätte es denn fertig gebracht, 5 neue Bundesländer mit 16 Millionen neuen Mitbürgern so friedlich zu integrieren? Welch anderes Land hätte die enormen Kosten des Wiederaufbaus im Osten – rund 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich – überhaupt aufbringen können? Bis zur vollständigen Integration von Ost und West muss vielleicht noch Einiges getan werden. Aber ich möchte Deutschland Anerkennung dafür zollen, wie es die große Aufgabe der Vereinigung bewältigt hat. Die Art und Weise, wie dieser Prozess vollzogen wurde, hat auch die Skeptiker widerlegt, die 1989 befürchteten, ein vereintes Deutschland könnte wieder ein schwieriges Deutschland werden. Ein Deutschland, mit dem schwer umzugehen wäre. Ein Deutschland, das – wegen seiner Größe – für Europa zu einem Problem werden könnte.

Wahrscheinlich sind diese Ängste teilweise auf eine falsche Sicht der deutschen Geschichte zurückzuführen. Ich bin kein Historiker. Aber meines Erachtens konzentriert sich der Geschichtsunterricht in Großbritannien, was Deutschland angeht, zu sehr auf die Zeit von 1933-45. Wir müssen unseren Blickwinkel erweitern. Und es wäre gut, wenn überall in Großbritannien zur Kenntnis genommen würde, welche bemerkenswerten Leistungen Deutschland seit 1945 vollbracht hat.

Das bringt mich zu einem anderen Aspekt unseres bilateralen Verhältnisses: dem Deutschlandbild in Großbritannien. Lassen Sie mich aus einer neueren Meinungsumfrage unter jungen Leuten in unseren beiden Ländern zitieren. Junge Deutsche sehen Großbritannien als einen guten Standort zum Studieren und Arbeiten, nur Amerika ist noch beliebter. Sie schätzen unsere kreative, multikulturelle Gesellschaft. Aber die Deutschen sehen uns als zögerliche Europäer. Sie haben auch den Eindruck, dass wir sie nicht sonderlich mögen. Und sie meinen, das Wetter in Großbritannien sei schrecklich.

Junge Briten schätzen die hohe Qualität deutscher Autos und die gute Organisation. Aber sie verbinden Deutschland immer noch mit den zwölf Jahren von 1933 bis 45. Sie finden, die Deutschen hätten wenig Humor. Und erstaunlicherweise glauben sie, dass die Deutschen schlecht Fußball spielen – was mich etwas wundert, weil ich immer den Eindruck habe, dass wir gegen Deutschland jedes Mal verlieren. Die Briten meinen allerdings auch, das Wetter in Deutschland sei schrecklich. Also stimmen wir zumindest in diesem Punkt überein!

Aber trotz aller Vorurteile gibt es in unserer gegenseitigen Einschätzung auch viel Positives. Großbritannien und Deutschland sind Demokratien mit einer freien Marktwirtschaft. Wir haben eine gemeinsame Geschichte, die Hunderte von Jahren zurückreicht. Und abgesehen von gewissen Zeiten der Feindschaft war sie meist recht harmonisch. Die Angeln und Sachsen, die Großbritannien im 6. und 7. Jahrhundert kolonisierten, kamen ja hauptsächlich aus dem heutigen Norddeutschland. (Vielleicht hat ihnen ja das Wetter hier nicht gefallen!)

Aber warum sehen junge Menschen in Großbritannien Deutschland immer noch im Zerrspiegel des Zweiten Weltkriegs? Das mag, wie gesagt, zum Teil am Geschichtsunterricht in England liegen - bei der deutschen Geschichte liegt der Schwerpunkt zu sehr auf der Zeit zwischen 1933 und 45. Es ist ja richtig, dass wir unsere Geschichte nicht vergessen. Auf der anderen Seite laufen wir damit in Großbritannien aber Gefahr, in Klischees zu verfallen, die überhaupt nichts mit der heutigen deutschen Realität zu tun haben. Bessere historische Kenntnisse würden uns nämlich lehren, dass Großbritannien und Deutschland viel öfter befreundet und verbündet waren als verfeindet.

Unter dem Ersten Weltkrieg verstehen wir im Allgemeinen den Krieg von 1914 bis 18. Man könnte aber argumentieren, dass der erste Weltkrieg in Wirklichkeit der 7-jährige Krieg von 1756 bis 63 war. Aus diesem Krieg ging Großbritannien als die Supermacht der damaligen Welt hervor. Dabei vergessen wir Briten allerdings oft, dass wir diesen Erfolg maßgeblich der Unterstützung durch Friedrich den Großen zu verdanken hatten. Großbritanniens damaliger Premierminister, William Pitt, sagte voraus, der Krieg gegen die Franzosen in Kanada würde an der Elbe entschieden. Und genau so geschah es auch. Ohne die Preußen hätten wir die Franzosen nicht besiegen können. Wir waren damals so töricht, das Bündnis mit Preußen zu vernachlässigen. Hätten wir es weiter gepflegt, wären wir in der nächsten großen Krise – dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg – nicht in die Lage geraten, einen Weltkrieg ohne einen einzigen Verbündeten zu führen. Und schauen Sie nur, was aus unserer Niederlage in Amerika geworden ist! Dann gab es noch Blücher in Waterloo. Und wir wollen auch die Bataillone aus Osnabrück nicht vergessen, die in dieser Schlacht mitgekämpft haben! Und da ist auch der große Reichtum deutscher Literatur, Kultur und Philosophie, die so viel zur europäischen Zivilisation beigetragen haben.

Also: Den Wahnsinn, der Europa zwischen 1933 und 45 erfasst hatte, dürfen wir auf keinen Fall vergessen. Aber wir sollten diese Zeit in die richtige Perspektive rücken. Wenn es darum geht, in Großbritannien heute ein korrektes Deutschlandbild zu vermitteln, stößt man allerdings auf ein Problem. Ich fürchte nämlich, dass wir auseinander driften. Nicht auf der Regierungsebene, da ist das Gegenteil der Fall, wie ich gleich noch erläutern werde, aber im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen. Vor 20 Jahren war Deutsch die zweite Fremdsprache an britischen Schulen, im Schüleraustausch kamen viele britische Jugendliche nach Deutschland. Inzwischen hat Spanisch Deutsch von diesem Platz verdrängt. Deshalb kommen die britischen Schüler heute einfach viel weniger mit Deutschland in Berührung.

Die britische Rheinarmee hatte damals gut 65.000 Mann in Deutschland stationiert. Rechnet man den Kreis der Verwandten und Freunde hinzu, waren es noch viele Tausend Briten mehr, die Grund hatten, Deutschland zu besuchen. Und von den 65.000 Soldaten haben viele in Deutschland geheiratet - sicher gibt es in Osnabrück eine ganze Reihe dieser

deutsch-britischen Familien. Heute ist die Army aber nur noch mit etwa 20.000 Mann in Deutschland präsent. Somit ist auch das Potenzial für die persönlichen Kontakte deutlich kleiner geworden.

Meine Damen und Herren! – Vor 20 Jahren – und sicher auch schon lange vorher – hieß es immer, Großbritannien und Deutschland sind natürliche Partner, weil wir so viele gemeinsame Interessen haben. Ich habe allerdings den Eindruck, dass wir das Potenzial dieser Partnerschaft bisher auf beiden Seiten nie voll ausgeschöpft haben. Die Feststellung, dass wir natürliche Partner sind, ist aber heute genau so zutreffend wie damals. Denn unsere gemeinsamen Interessen sind wirklich zahlreich. Ich will nur ein paar davon nennen:

- In der EU haben wir sehr ähnliche Positionen in den zentralen Themen Erweiterung, Haushaltsreform und Aufnahme der Türkei.
- Wir sind beide für wirksame europaweite Maßnahmen gegen illegale Einwanderung und Schein-Asylanten.
- Trotz der unterschiedlichen Haltung in Sachen Irak sind wir beide zentrale Partner in der NATO. Wir arbeiten gemeinsam daran, eine europäische Verteidigungsfähigkeit zu entwickeln, die die NATO effektiv ergänzt, ohne mit ihr zu konkurrieren.
- Wir setzen uns beide sehr für Wirtschaftsreformen ein, damit wir für die Herausforderungen der Globalisierung gewappnet sind und den Lebensstandard unserer Bürger sichern können.

Ich könnte noch mehr Beispiele nennen. Aber Sie verstehen schon, was ich damit sagen will: Gemeinsam können Großbritannien und Deutschland eine Menge erreichen. Und ich glaube, dass jetzt auch beide Regierungen entschlossen sind, das Potenzial dieser Zusammenarbeit endlich voll zu nutzen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu dem vielleicht wichtigsten, auf jeden Fall derzeit heftig umstrittenen Bereich sagen, auf dem wir zusammenarbeiten können: die Wirtschaftsreform. Betrachten wir einmal die Fakten. Europa hatte vor der Erweiterung 80 Millionen Einwohner mehr als die USA, produzierte aber 20 Prozent weniger Wohlstand. In den letzten zwanzig Jahren hatte Europa im Durchschnitt ein Wachstum von 2,4 Prozent jährlich, die USA hatten 3,3 Prozent. Wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt, wird das Wohlstandsgefälle zwischen der EU und den USA bis 2010 auf 40 Prozent anwachsen.

Sicher ist auch in Amerika nicht alles perfekt. Aber die USA haben nur halb so viel Arbeitslosigkeit wie wir. Im EU-Durchschnitt liegt sie bei über 8 Prozent. Das sind 14 Millionen Menschen ohne Arbeit - so viele wie die Einwohnerzahl von London, Paris und Madrid zusammen. Außerdem haben wir 77 Millionen wirtschaftlich inaktive Menschen, die zwischen 16 und 65 Jahre alt und erwerbsfähig sind, aber aus verschiedenen Gründen nicht berufstätig sein wollen. Unsere größte Aufgabe in Europa besteht darin, die insgesamt gut 90 Millionen Arbeitslosen und Inaktiven wieder ins Berufsleben zu bringen.

Gleichzeitig wird der Wettbewerb in der Welt immer schärfer. Nehmen Sie zum Beispiel China. Dort betragen die Lohnkosten nur ein zwanzigstel der Lohnkosten in Europa. China hat ein Wachstum von durchschnittlich 8 Prozent jährlich, verglichen mit 1 Prozent in der EU. In dieser Konkurrenz liegt für Großbritannien und Deutschland eine Gefahr, gegen die wir beide nicht immun sind. In Großbritannien hängen 15 Prozent aller Arbeitsplätze vom verarbeitenden Gewerbe ab, in Deutschland sogar über 30 Prozent. Deutschland war im letzten Jahr das führende Exportland der Welt. Sein wirtschaftlicher Erfolg seit 1945 beruht auf einem Wachstum, das vom Export angetrieben wird. Aber das wird nicht so bleiben, denn die Fertigungsindustrie verlagert ihr Kapital unweigerlich in Länder, die billiger produzieren.

Letztes Jahr gab es für Deutschland ein Ereignis von höchster Bedeutung: China hat den ersten VW Golf „Made in China“ exportiert. Darin liegt die Herausforderung der Zukunft. Und wie reagieren wir auf diese Herausforderung? Die Globalisierung lässt uns keine Wahl: Europa muss sich modernisieren und reformieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie alle haben schon von der Agenda 2010 gehört. Aber wer kennt die Lissabon-Agenda? Wahrscheinlich nicht viele. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich 2000 in Lissabon ehrgeizige Ziele gesetzt: Sie wollen Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Was müssen wir also tun?

Erstens: Wir müssen unsere Märkte liberalisieren und flexibler machen. Beispiel Energiemarkt: Die EU-Verbraucher geben pro Monat eine Milliarde Euro mehr für Energie aus, als notwendig wäre – weil der Markt nicht offen ist. Die Vorsitzende des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Edda Müller, erklärte letzte Woche, dass die deutschen Haushalte rund 300 Euro pro Jahr einsparen könnten. Man müsse nur die Strom- und Gas-Preise in Deutschland liberalisieren – so wie in Großbritannien. Dank des Wettbewerbs liegen die Energiepreise in Großbritannien etwa ein Drittel niedriger als hier.

Zweitens: die Berufsbildung. Wir haben keine Chance, mit einem Land wie China bei den Lohnkosten zu konkurrieren. Unsere Konkurrenzfähigkeit liegt anderswo - im Wissen und Können unserer Arbeitskräfte. Wir müssen mehr Geld für die Hochschulbildung ausgeben. Großbritannien, Frankreich und Deutschland investieren etwa 1 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Universitäten, die USA investieren dreimal so viel. Die Folge: Wir fallen hinter den USA zurück. Beispiel Nobelpreise: von 1900 bis 1920 gingen fast 20 Prozent der Nobelpreise in den Naturwissenschaften an Frankreich, nur 3,3 Prozent an die USA. Von 1980 bis 2000 gingen aber gut 60 Prozent an die USA, nur noch 2,6 Prozent an Frankreich. Auch Großbritanniens und Deutschlands Anteil ging über diesen Zeitraum um circa zwei Drittel zurück. Diesen Trend müssen wir umkehren.

Und Europas Arbeitsmärkte müssen flexibler werden, damit wir uns auf die veränderten Verhältnisse einstellen können. Wir müssen mehr Menschen zur Arbeit motivieren. In Deutschland sind zum Beispiel nur 65 Prozent der erwachsenen Bevölkerung erwerbstätig. Die anderen sind arbeitslos, studieren oder haben sich gegen eine Berufstätigkeit entschieden. Unsere Bevölkerung wird immer älter. Gleichzeitig nimmt die Gesamtbevölkerungszahl ab. Wir können aber nicht erwarten, dass ein immer kleinerer Anteil der Bevölkerung für alle anderen aufkommt. Was sollen wir also machen? Einheitliche Regelungen in der ganzen EU sind keine Lösung. Die Länder sind verschieden: Was für *ein* Land gut ist, muss nicht unbedingt auch anderswo funktionieren. Es macht also keinen Sinn, alles von Brüssel aus zu regulieren. Es macht aber sehr wohl Sinn, Erfahrungen auszutauschen, Erfolge und Misserfolge im Benchmarking zu vergleichen und von einander zu lernen. Hier arbeiten Großbritannien und Deutschland auch eng zusammen.

Meine Damen und Herren, – Vom Erfolg der Wirtschaftsreformen in Deutschland hängt viel ab. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa – und natürlich auch für Großbritannien. Was ist mit dem Wachstum in Deutschland los? Die britische Wirtschaft hat seit 1990 um fast 40 Prozent zugelegt, die deutsche um knapp 10 Prozent. Die Zahlen sprechen für sich. 1990 lag Deutschland beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt um 13,7 Prozent vor Großbritannien, jetzt liegt es um 9,7 Prozent zurück. Gemessen am relativen Wohlstand in der EU ist Deutschland seit 1990 vom 3. auf den 11. Platz zurückgefallen. Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor mit Abstand die größte in Europa. Und wenn sie nur auf drei Zylindern läuft, leidet ganz Europa mit. Deshalb ist es so wichtig – nicht nur für Deutschland, sondern für uns alle in Europa – dass Deutschland seine Reformen durchzieht. Wir Briten wünschen dem Reformprozess jedenfalls viel Erfolg.

Manche Leute behaupten, Wirtschaftsreformen seien nur auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit zu haben. Das ist schlichter Unfug. In einer Welt zunehmender Globalisierung werden nur diejenigen, die sich anpassen, modernisieren und flexibel bleiben, auch für soziale Gerechtigkeit sorgen können. 14 Millionen Menschen in Europa sind derzeit ohne Arbeit – das ist doch die größte soziale Ungerechtigkeit! Allzu oft schützen wir in Europa diejenigen, die Arbeit haben – auf Kosten derer, die keine haben. Wir sollten aufhören, Arbeitsplätze zu schützen. Wir müssen uns um die Menschen kümmern. Wie das geht? Indem man ihnen zum Beispiel die richtige Ausbildung gibt. Wir brauchen auch einen arbeitsrechtlichen Rahmen, der die Unternehmer dazu ermutigt, Leute einzustellen. Stattdessen haben wir jetzt Arbeitsschutzgesetze, die Kündigungen fast unmöglich machen. Das ist für viele Arbeitgeber eine regelrechte Abschreckung, überhaupt noch Leute einzustellen. Die Wahrscheinlichkeit, den Job zu verlieren, mag in den USA viermal so groß sein wie in Deutschland. Aber wenn man ihn verliert, ist die Chance, einen neuen zu finden, in den USA zehnmal so groß wie hier. Diese Flexibilität brauchen wir auch hier bei uns.

Meine Damen und Herren! – Lassen Sie mich ein paar Worte zu einem anderen aktuellen Thema sagen – zur *Erweiterung der Europäischen Union*. Die Erweiterung ist für uns alle eine große Chance. Sie schafft einen Binnenmarkt mit mehr als 500 Millionen Menschen. Das ist mehr als die Märkte der USA und Japans zusammen. Die Erweiterung bringt dem europäischen Kontinent mehr Wohlstand und mehr Sicherheit. Mehr Handel und mehr Investitionen bedeuten auch höhere Produktivität. Davon profitieren die neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die alten. Ich kann die Ängste wegen der möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland verstehen – besonders, wenn man an das unterschiedliche Lohnniveau hier und in den neuen Mitgliedstaaten denkt. In letzter Zeit war viel davon die Rede, dass durch "Outsourcing" deutsche Arbeitsplätze nach Mittel- und Osteuropa abwandern könnten. Bei einer Umfrage im deutschen Mittelstand gaben vor kurzem jedoch 60 Prozent der Firmen an, ihre Investitionen im Ausland würden die Beschäftigung in Deutschland sichern – oder sogar noch erhöhen. In jedem Fall dürften die deutschen Firmen unter den Ersten sein, die von den dynamischen Märkten im Osten profitieren. Und das fördert Wachstum und Beschäftigung hier in Deutschland. Nach britischen Studien wird die Erweiterung das Bruttoinlandsprodukt der EU um 11 Milliarden Euro erhöhen und 300.000 Arbeitsplätze in den alten Mitgliedstaaten schaffen.

Meine Damen und Herren! – Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen anderen Bereich zu sprechen kommen, auf dem Großbritannien und Deutschland viel gemeinsam haben: die *Verteidigungs- und Sicherheitspolitik*. Wie ich eingangs sagte, haben zwei Daten in den letzten Jahren die Welt verändert: der 11.9. und der 9.11. – Über den 9. November habe ich schon gesprochen. Lassen Sie mich nun zum 11. September kommen. Der internationale Terrorismus zwingt uns dazu, unsere Sicherheitspolitik neu zu überdenken. Der Terrorismus ist nicht nur für die USA oder Großbritannien ein Problem, sondern auch für Deutschland. Deutschland hat zwar keine Truppen im Irak. Aber es stellt eins der größten Militärkontingente in Afghanistan und ist auch an anderen Friedensmissionen beteiligt. Und Deutschland ist auch deshalb bedroht, weil es – wie alle anderen demokratischen Staaten – für all das steht, was die Terroristen hassen: Toleranz, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Chancengleichheit für Frauen und vieles mehr. Wie also sollten wir auf diese neue Bedrohung reagieren? Die neue Gefahr durch den Terrorismus ist global. Wir werden sie nur besiegen können, wenn wir gemeinsam mit unseren amerikanischen Partnern vorgehen. Ob es uns gefällt oder nicht, die USA sind heute die einzige Supermacht der Welt. Europa sollte nicht versuchen, sich als Gegenpol oder als Opposition zu den USA aufzubauen, wie es einige Leute vorgeschlagen haben. Das wäre absurd.

Keine zwei Staatenblöcke haben so viel, was sie verbindet, wie die USA und die EU. Wir sind im 21. Jahrhundert genau so natürliche Verbündete wie wir es im 20. waren. Und wir

erreichen mehr, wenn wir zusammenarbeiten. Aber wenn Europa als Partner mit den USA zusammenarbeiten will, muss es erst einmal selbst seine Hausaufgaben erledigen. Dass sich die EU – *nach* dem Krieg im Irak wohlgemerkt – zum ersten Mal auf eine Europäische Sicherheitsstrategie verständigt hat, war ein wichtiger Schritt. Ebenso wie die amerikanische Sicherheitsstrategie sieht auch die europäische eine dreifache Bedrohung: Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Staatenzerfall. Genau so wie die amerikanische propagiert auch sie ein Spektrum von Antworten – von Entwicklungshilfe über Diplomatie bis hin zum militärischen Eingreifen, je nach den Erfordernissen.

Wichtig war auch, dass die europäischen Partner, die nicht im Irak beteiligt waren, nachher über diesen Konflikt hinausschauen konnten. Mit Deutschland haben wir bei vielen Missionen in aller Welt zusammengearbeitet – sowohl vor als auch nach Irak. Wir begrüßen den Auslandseinsatz von gut 8000 deutschen Soldaten. Wir arbeiten im Kosovo, in Bosnien und in Afghanistan gut mit ihnen zusammen, und auch bei der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte. Für die Zukunft der britisch-deutschen ebenso wie der transatlantischen Kooperation sind das gute Zeichen. Der Irak-Krieg hat *keine* Krise in unseren bilateralen Beziehungen ausgelöst. Aber es gibt noch viel mehr zu tun. Die terroristische Bedrohung geht von einem unsichtbaren, sehr beweglichen und unberechenbaren Feind aus. Er kann jederzeit und überall auf der Welt zuschlagen. Viele Streitkräfte in Europa sind aber immer noch für die Landesverteidigung ausgelegt, statt einem potenziellen Angreifer überall auf der Welt entgegentreten zu können. Wir haben immer noch zu wenig Spezialausrüstung und Spezialkräfte, die mit unseren amerikanischen und europäischen Verbündeten gemeinsam operieren können.

Wenn wir diese Probleme bewältigen wollen, müssen wir eines einsehen: die Friedensdividende, auf die wir nach dem Ende des Kalten Krieges gehofft hatten, hat sich nicht realisiert. Die Sowjetunion ist *keine* Bedrohung mehr. Aber an ihre Stelle ist etwas anderes getreten. Wir müssen mehr Geld für die Verteidigung ausgeben, wir müssen dieses Geld sinnvoll einsetzen, und wir müssen mehr Berufsstreitkräfte aufstellen. Europa muss auch in der Lage sein, den Bedrohungen seiner Sicherheit selbst entgegentzutreten. Es darf sich nicht immer auf die Vereinigten Staaten verlassen. Wo die USA sich nicht engagieren wollen, muss Europa bereit sein selbst zu handeln - zum Beispiel vor unserer eigenen Haustür auf dem Balkan. Sollen wir deshalb alles tun, was die USA von uns verlangen? In allem mit ihnen einer Meinung sein? Natürlich nicht. Beim Kyoto-Protokoll zum Beispiel sind wir anderer Meinung. Und das sagen wir auch weiterhin ganz deutlich. Ist also das transatlantische Verhältnis ein Bereich, in dem Großbritannien und Deutschland gemeinsame Interessen haben? Nachdrücklich, Ja! Aber Europa darf für die USA kein schwacher Partner sein, es muss stark sein. Vor allen Dingen wirtschaftlich stark. Daher auch der dringende Reformbedarf, von dem ich gesprochen habe.

Meine Damen und Herren! – Mir ist bewusst, dass ich heute morgen viele Themen angesprochen habe. Ich wollte damit ein paar Überlegungen zu den wichtigsten Fragen anstellen, die Deutschland und Großbritannien beschäftigen – bilateral und auf EU-Ebene. Hoffentlich ist es mir gelungen, klar zu machen, dass die großen Aufgaben, vor denen Großbritannien und Deutschland heute stehen, Herausforderungen an uns *beide* sind. Und dass wir ein enormes gemeinsames Interesse daran haben, sie zusammen zu bewältigen. Vieles tun wir ja schon gemeinsam, aber unsere Zusammenarbeit ist noch ausbaufähig. Wir können noch mehr von einander lernen und wir können noch mehr Bereiche finden, in denen sich gemeinsames Handeln für beide Seiten auszahlt. Das ist es, was meine Arbeit als Botschafter so interessant und auch so lohnenswert macht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.